

Die Ära Putin: Macht und Ohnmacht

Neue Studien zur russischen Außen- und Innenpolitik

von Henning Schröder

Ein Sammelband beleuchtet Aspekte der Putinschen Außenpolitik. Andrew Barnes zeigt, dass die innenpolitische Transformation Russlands nicht unbedingt im Sinne von Demokratie und Marktwirtschaft erfolgt.



Gerhard Mangott, Dmitrij Trenin, Martin Senn, Heinz Timmermann:
Russlands Rückkehr. Außenpolitik unter Vladimir Putin.
Nomos (= Wiener Schriften zur Internationalen Politik. Band 7), Baden-Baden 2005.
265 Seiten, € 42,00.

Lange Zeit hat die deutsche Öffentlichkeit die Entwicklungen in Russland kaum zur Kenntnis genommen. Doch seit einiger Zeit ist der Nachbar im Osten nun wieder stärker in das Blickfeld gerückt – allerdings unter wenig erfreulichen Umständen. Russland erscheint heute vielen als wiedererstandene Großmacht, als Staat, der vom geraden Weg der Demokratie abgekommen ist, der in den Nachbarländern autoritäre Kräfte unterstützt und seine politischen Interessen mit Energieerpressung durchsetzt. Solche holzschnittartigen Darstellungen, die sich mitunter in der Tagespresse finden, geben den politischen Prozess in Russland aber nur unvollkommen wieder, und man ist gut beraten, auf Studien zurückzugreifen, die die russische Entwicklung differenzierter betrachten. Zwei solcher Arbeiten sollen hier besprochen werden: ein Sammelband, herausgegeben vom Österreichischen Institut für Internationale Politik, der Russlands aktuelle Rolle in der internationalen Politik analysiert, und eine Monographie, in der Andrew Barnes untersucht, wie die heutigen Besitz- und Kräfteverhältnisse durch die Umverteilung gesellschaftlichen Vermögens in den neunziger Jahren vorgeprägt wurden.

Der Sammelband des Österreichischen Instituts für Internationale Politik mit dem programmatischen Titel „Russlands Rückkehr“ will umfassende Auskunft über die Putinsche Außenpolitik geben, ihre Machtressourcen, ihre Handlungsfelder und ihre Optionen ausleuchten. Vier Au-

toren unternehmen es, diese schwierige Aufgabe zu lösen: Gerhard Mangott wählt einen neorealistischen Ansatz und interpretiert russische Außenpolitik im Kontext der politischen, ökonomischen, demographischen und militärischen Möglichkeiten. Dmitrij Trenin, der stellvertretende Leiter des Moskauer Carnegie-Zentrums, skizziert auf knappem Raum den außen- und sicherheitspolitischen Ansatz der Putinschen Führung mit Blick auf die weitere Entwicklung über das Jahr 2008 hinaus. Die beiden im Ansatz durchaus gegensätzlichen Gesamtwürfe werden durch zwei Spezialstudien ergänzt: Martin Senn behandelt die US-Initiative zum Aufbau eines Nationalen Raketenabwehrsystems im Kontext der russisch-amerikanischen Beziehungen, und Heinz Timmermann schildert die Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und der EU bis hin zu der Konfrontation anlässlich der „Orangen Revolution“ in der Ukraine.

Die Beiträge sind heterogen und auch analytisch nicht alle von gleichem Gewicht. Zweifellos verdient die Ausarbeitung Gerhard Mangotts, die fast die Hälfte des Buches ausmacht, besondere Aufmerksamkeit. Mangott trägt im ersten Schritt Informationen über die Machtressourcen zusammen, über die Russland verfügt. Er zeigt die ökonomische Schwäche bei gleichzeitigem Energiereichtum, die erheblichen demographischen Probleme und die Misere des Militärs. Der Autor zeichnet mit grobem Stift und wenigen Strichen ein

plastisches Bild russischer Macht und Ohnmacht. Aus der Schwäche der Machtressourcen schließt Mangott mit Recht, dass „die Optionen für die Außenorientierung Russlands äußerst beschränkt sind“. In der Konsequenz sieht er drei mögliche strategische Varianten: die Konzentration der Außenpolitik auf die Reintegration des postsowjetischen Raums, die Bildung „antihegemonialer Allianzen“ und den Aufbau stabiler Kooperationsstrukturen mit dem OECD-Raum. Diese Optionen analysiert Mangott in den folgenden Abschnitten, um herauszuarbeiten, dass die wechselseitige Verflechtung zwischen Russland und den Staaten des OECD-Raums – wohlweislich vermeidet der Autor so unscharfe und ideologisch aufgeladene Begriffe wie westlich oder der Westen – bei aller Interessenkonkurrenz so eng ist, dass eine erfolgreiche Außenpolitik auf beiden Seiten ein hohes Maß an kooperativer Konflikt- und Interessenbearbeitung erfordert.

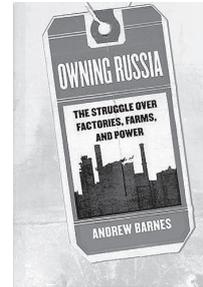
Dmitrij Trenin konzentriert sich in seinem Beitrag darauf, den Wandel der Außen- und Sicherheitspolitik unter Putin darzustellen und nach Ursachen für die Neuorientierung nach 2000 zu fragen. Er identifiziert drei Faktoren, die auf das außenpolitische Denken Putins einwirken: die Bürgerkriegserfahrung in Tschetschenien, das Ziel der inneren Modernisierung und die Absicht, Russland wieder zu einer starken Macht zu machen. Putin, so unterstellt Trenin, nimmt Russland als eine Nation im Krieg wahr, die wirtschaftlich, politisch und militärisch stark genug sein soll, um sich gegen die neuen Bedrohungen des Terrorismus und des religiösen Extremismus zur Wehr zu setzen. Diese Auffassung prägt, so Trenin, wesentlich das außenpolitische Denken: Terrorbekämpfung, Energiepolitik und Geopolitik im postsowjeti-

schen Raum sind die wichtigsten Themen des außenpolitischen Diskurses. Doch Trenin unterstreicht gegenüber einer verbreiteten russischen Macht-nostalgie, dass Außenpolitik sich an den Erfordernissen der Gegenwart orientieren muss, nicht an den Erinnerungen der Eliten. Daher plädiert er vehement für eine Integration in den Westen – in die moderne Welt.

Während die Beiträge Mangotts und Trenins jeweils einen Gesamtentwurf von Außenpolitik versuchen, konzentrieren sich Martin Senn und Heinz Timmermann auf Teilaspekte: das sicherheitspolitische Verhältnis zu den USA, wie es sich insbesondere nach Aufkündigung des ABM-Vertrags darstellt, und die Entwicklung der Beziehungen zur Europäischen Union. Beides sind substantielle Analysen, die durchaus ihren eigenen Wert haben. Die vier Beiträge sind denn auch nicht zu Unrecht in einem Band zusammengefasst. Gewiss sind die einzelnen Aufsätze in Ansatz und Reichweite der Fragestellung recht unterschiedlich, dennoch vermitteln sie in ihrer Heterogenität einen guten Eindruck von den Kräften und Konzepten, die die russische Außenpolitik in den letzten Jahren beeinflusst haben.

Der Kampf ums Eigentum

Behandelt der Sammelband „Russlands Rückkehr“ die internationale Rolle des Putinschen Russlands, geht es Andrew Scott Barnes um die inneren Verhältnisse. Dabei – und das macht seine Studie so interessant – wendet er sich explizit gegen den traditionellen Ansatz der Transformationsforschung, die Einführung demokratischer Strukturen und den Übergang zur Marktordnung als dominante Prozesse der Transformationsphase anzunehmen. Barnes stellt demgegenüber den Prozess der Umverteilung von Besitz mit allen seinen politischen und sozialen Konse-



Andrew Scott Barnes: *Owning Russia: The Struggle over Factories, Farms, and Power.* Cornell University Press, Ithaca, New York, London 2006. 273 Seiten, \$ 35,00.

quenzen in den Vordergrund. Damit öffnet er den Blick für eine Analyse des politischen Prozesses, die sich nicht mehr auf Kategorisierungen wie demokratisch und undemokratisch beschränkt, sondern nach Triebkräften und Regeln fragt. Auf diese Weise kann er das Wesen der politischen und sozialen Konflikte herausarbeiten, die dem Herrschaftssystem des modernen Russlands seine Gestalt geben.

Die Geschichte Russlands nach 1992 ist für Barnes die Geschichte eines unregulierten Wettbewerbs um den Erwerb von Produktiveigentum. Ausgehend von einer Darstellung der Eigentumsverhältnisse in der Sowjetunion zeichnet die Arbeit nach, wie bereits in der Phase der Perestrojka im halblegalen Raum Immobilien und Unternehmen in genossenschaftliche und später auch in private Hände übergingen, ohne dass die Gorbatschow-Administration diesen Prozess wirksam kontrollierte. Nach der Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 initiierte die Regierung Jelzin/Gajdar mit ihrer Reformpolitik einen Privatisierungsboom, der einen Großteil der russischen Unternehmen in die private Hand überführte – auch wenn dies in vielen Fällen eine Insider-Privatisierung war, in der Belegschaften und ehemalige Manager die Kontrolle über den Betrieb erlangten. Die Jahre von 1994 bis 1997 brachten dann nicht nur Pfandauktionen, in denen die großen Roh- und Brennstoffgiganten der Sowjetzeit in private Hände übergingen, die Phase war auch gekennzeichnet durch einen heftigen Wettbewerb, bei dem viele der frisch privatisierten Unternehmen den Besitzer wechselten. Barnes kann zeigen, wie sich der Wettbewerb um Kapital entwickelte und welche Unternehmensgruppen an diesem Prozess beteiligt waren. Die Finanzkrise 1998 und die Etablierung der Putin-

Administration 1999/2000 schufen abermals neue Bedingungen und veränderten die Kräfteverhältnisse in Politik und Finanzwelt ganz erheblich. „Die Erde bewegt sich“ nennt Barnes dieses Kapitel. Das trügerische Gleichgewicht, das sich nach diesem Umbruch etabliert, wird schließlich 2003 durch den Chodorkowski-Prozess und die Zerschlagung des erfolgreichsten Mineralölkonzerns wieder gestört, so dass eine neue Phase des Wettbewerbs beginnt, in der nun verstärkt staatliche Akteure auftreten.

Andrew Barnes zeigt, wie Politik und Unternehmergruppen in den immer neuen Umverteilungsprozessen zusammenwirken, wie Konkurrenz und Eigentumskonflikte bis heute den Charakter des politischen Systems bestimmen. Die Schaffung einer konsolidierten Demokratie und die Etablierung einer Marktordnung, die allen Marktteilnehmern gleichen Zugang gewährt – das sind eben nicht die Ziele, die die politischen Kräftegruppen in Russland verfolgen. Indem Barnes die russische Transformation als fortgesetzte und konfliktreiche Umverteilung von Eigentum interpretiert, stellt er die Konzepte der hergebrachten Transformationsforschung entschieden in Frage. Dies hat in den letzten Jahren schon eine Reihe von Wissenschaftlern getan, die ihre empirischen Befunde nur schwer mit den Annahmen der Transformationstheorie in Übereinstimmung bringen konnten. Andrew Barnes liefert mit seiner spannenden Darstellung weitere Argumente dafür, noch einmal gründlich über den Charakter der Übergangsprozesse in Osteuropa nachzudenken.

Dr. Henning Schröder ist apl. Professor an der Universität Bremen, Herausgeber der „Russlandanalysen“ und Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Russland /GUS der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Die Nachbarschaftspolitik der EU

Ein Konzept ohne ausreichende Instrumente

von Martin Kahl

Nach ihrer Erweiterung im Jahr 2004 hat die EU mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ein Konzept entworfen, mit dem die Beziehungen zu ihrer Nachbarschaft – insbesondere zu jenen Staaten ohne Beitrittsperspektive – neu gestaltet werden sollen. Mit diesem anspruchsvollen Konzept versucht sie, ihre Nachbarn näher an sich zu binden und gleichzeitig ihren Binnenraum vor Gefahren und Risiken, die von diesen Staaten ausgehen können, zu schützen. Auf der einen Seite steht die Unterstützung demokratischer und wirtschaftlicher Reformprozesse. Hier geht es der EU darum, die Nachbarstaaten zu verpflichten, die ihr eigenen identitätsstiftenden Werte sowie die Normen und Regeln des *Acquis Communautaire* zu übernehmen. Auf der anderen Seite steht das Bemühen der EU, organisierte Kriminalität, Migrationsströme oder Terrorismus von sich fern zu halten. Kurz, sie versucht ihre Nachbarschaft zu verändern und trotzdem Abstand zu ihr zu wahren.

Kann ihr dieses Kunststück gelingen? Ist die ENP ein stimmiges Konzept und genügen die zur Verfügung stehenden Mittel, um die gesteckten Ziele zu erreichen? Der von Martin Koopmann und Christian Lequesne herausgegebene Sammelband „Partner oder Beitrittskandidaten? Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union auf dem Prüfstand“ diskutiert diese Fragen anhand von Länderanalysen und ausgewählten Problemfeldern. Insgesamt überwiegt bei den Autoren und Autorinnen des Bandes die Skepsis. Die Ziele der ENP werden zwar kaum in Frage

gestellt, um so mehr jedoch die Strategien zu ihrer Umsetzung und die Instrumente, die die EU zur Erreichung der gesetzten Ziele vorsieht.

Am grundsätzlichen wird die Konzeption der ENP in dem Beitrag von Dov Lynch zum Verhältnis der Nachbarschaftspolitik zur GASP kritisiert. Die ENP enthält seiner Einschätzung nach grundsätzliche Konstruktionsfehler, da sie gegenüber den Nachbarstaaten von derselben Logik ausgehe wie gegenüber den ehemaligen Erweiterungskandidaten. Sie sei zu ambitiös, da sie die Umwandlung der Nachbarstaaten fordere, und sie versäume es, die Entwicklung einer EU-Außenpolitik ohne Beitrittsperspektive – ein umfassendes Engagement zugunsten von Stabilität – voranzutreiben.

Martin Koopmann hält hingegen eine Modifikation des ENP-Ansatzes für ausreichend. Den Versuch der EU, mittels der ENP eine einheitliche und kohärente Politik für die gesamte Nachbarschaft der EU zu schaffen und hierzu die politischen Instrumente aus allen drei Säulen zusammenzuführen, beurteilt er als zumindest partiell innovativ. Funktionale Kooperationen, eingebettet in eine Multilateralisierung der ENP und eine Stärkung des regionalen Ansatzes, die Schaffung von Möglichkeiten für die Nachbarn, autonom diejenigen Politikbereiche auszuwählen, in denen sie eine engere Zusammenarbeit mit der EU wünschen, würde die Europäische Nachbarschaftspolitik in seinen Augen zu einem wirksamen Instrument der Gestaltung der EU-Außenbeziehungen in ihrem unmittelbaren Umfeld machen.



**Martin Koopmann/
Christian
Lequesne (Hrsg.):
Partner oder
Beitrittskandidaten?
Die Nachbar-
schaftspolitik der
Europäischen
Union auf dem
Prüfstand.** Nomos,
Baden-Baden
2006.
226 Seiten,
€ 29,00.

Das Problem der Übernahme von Pflichten durch die Nachbarstaaten ohne Beitrittsperspektive, von nahezu allen Autoren als das grundlegende Problem der Wirksamkeit der ENP identifiziert, könnte so zumindest teilweise entschärft werden. Andrea Gawrich zeigt am Beispiel der Ukraine das konzeptionelle Problem der ENP auf, einseitige Forderungen zu stellen, im Gegenzug aber nur begrenzte Integrationsleistungen anzubieten. Nicht weniger schwierig gestalten sich die Beziehungen zu Russland und den nordafrikanischen Staaten. Russland hat auf Sonderbeziehungen zur EU bestanden und sieht allein eine interessenbasierte Kooperation mit der EU als erstrebenswert an. Der Transfer von EU-Normen wird hingegen abgelehnt.

Anne de Tinguy kommt in ihrem Beitrag zur russischen Sicht auf die ENP zu der Einschätzung, dass die Ergebnisse der bisherigen Kooperation insgesamt nicht den Erwartungen entsprechen: Der Rahmen der gemeinsamen vier Räume hat es der EU und Russland nicht ermöglicht, einen wirklich konstruktiven Dialog herzustellen. Dorothee Schmid zufolge ist die Ausdehnung der vier Freiheiten auf die südlichen ENP-Staaten wenig realistisch. Der in der ENP enthaltene Bilateralismus fördere darüber hinaus ungleiche Entwicklungen in diesem Raum und erhöhe die Gefahr der Entfernung einzelner Staaten von der Europäischen Union.

Wendet man den Blick von einzelnen Nachbarstaaten auf die Politikbereiche, die durch die ENP bevorzugt bearbeitet werden sollen, hellt sich das Bild kaum auf. Die Beschleunigung und Reform der Energienetze in den Nachbarstaaten ist angesichts mangelnder Gegenleistungen der EU bisher bescheiden ausgefallen (Gilles Lepesant). Im Bereich der Migrations-

politik bietet die EU im Gegenzug zur Unterzeichnung von Rückführungsabkommen oder Verbesserung des Grenzschutzes lediglich die unkonkrete Aussicht auf Visaerleichterungen. Steffen Angenendt zeigt, dass die Kontrolle der Außengrenzen und der Abschluss von Rückführungsabkommen Priorität in der Nachbarschaftspolitik haben. Dass angesichts der erheblichen Interessenunterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten keine gemeinsame Einwanderungspolitik existiert, ist kaum verwunderlich. Die Folge hiervon jedoch ist, dass statt umfassender Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten bei Migrationsfragen vornehmlich die restriktiven Aspekte konkretisiert werden.

Der restriktive Schutz der Außengrenzen hat, so dokumentiert Piotr Zalewski in seinem Beitrag zum Schengen-Übereinkommen und der östlichen Grenze der EU, bereits eine Reihe nichtintendierter Folgen nach sich gezogen. So ist es beispielsweise durch den Rückgang des regionalen grenzüberschreitenden Handels zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit und zu einem teilweise erheblichen Rückgang des kleinen Grenzverkehrs entlang der polnisch-ukrainischen Grenze gekommen. Neue Trennlinien, die durch die ENP vermieden werden sollten, sind also zumindest in diesem Bereich bereits gezogen worden. Das von Jiří Šedivý propagierte „Brückenkonzept“, das den neuen Mitgliedsstaaten im Osten eine besondere integrative Funktion zuweist, wirkt angesichts dieser Fakten ein wenig verloren.

Bescheidener Mehrwert durch die ENP also? Die EU fordert viel von ihren Nachbarstaaten, verspricht im Gegenzug aber nur wenig. Für die meisten Autoren und Autorinnen des Bandes ist dieses konzeptionelle Dilemma nicht aufzulösen. Dabei zieht

die Nachbarschaftspolitik, wie Martin Koopmann und Christian Lequesne in ihrem Einleitungsbeitrag schreiben, die Frage des Beitritts zwangsläufig nach sich. Eine Beitrittsperspektive für jene Nachbarstaaten, die dies wollen, würde der EU in der Tat den

Hebel zur Lösung vieler der aufgezeigten Probleme verschaffen.

Dr. Martin Kahl, geb. 1958, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Amerika als Ordnungsmacht

Einzig die USA sind in der Lage, globale öffentliche Güter bereitzustellen

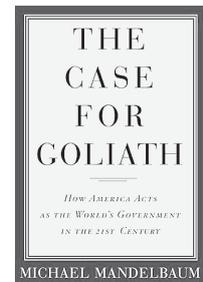
von Erich Weede

Eigentlich hätte dieses Buch von einem Westeuropäer oder von einem Ostasiaten geschrieben werden müssen, denn die Menschen der wohlhabenden Länder Europas und Ostasiens profitieren in besonderer Weise von Amerikas weltpolitischer Rolle. Tatsächlich aber hat ein Professor der School of Advanced International Studies der Johns Hopkins University in Washington dieses Buch geschrieben. Wir Nutznießer der amerikanischen Rolle als Ordnungsmacht – Mandelbaum selbst verwendet einmal dieses deutsche Wort – überlassen den Amerikanern auch noch die Analyse.

Mandelbaum betont, dass die USA keine imperiale Macht sind. Von Ausnahmen, die von Amerikanern als Belastung betrachtet werden, abgesehen, wollen die Amerikaner weder die Wirtschaft noch die Politik anderer Länder bestimmen. Dennoch stellen die USA eine Art Weltregierung. Im Gegensatz zu den Regierungen von funktionierenden Staaten haben die USA allerdings kein Gewaltmonopol. Mandelbaum betrachtet die USA als ein funktionales Äquivalent einer Weltregierung, weil sie die Welt mit öffentlichen Gütern versorgen. Öffentliche Güter werden vor allem durch das Merkmal der Nichtaus-

schließbarkeit definiert. Falls sie beschafft werden, kommen sie denen, die keinen Beschaffungsbeitrag leisten, gleichermaßen zugute wie denen, die die Beschaffungskosten tragen. Beispiele für öffentliche Güter sind: Sicherheit vor Gewalt und Verbrechen, Rechtsstaatlichkeit und Umweltschutz. Wegen des Merkmals der Nichtausschließbarkeit besteht immer die Gefahr, dass öffentliche oder Kollektivgüter nicht beschafft werden, weil alle Nutznießer werden wollen, aber keiner die Beschaffungskosten tragen will. In Anlehnung an den amerikanischen Ökonomen Mancur Olson vertritt Mandelbaum die Auffassung, dass Ungleichheit der Akteure die Beschaffung von Kollektivgütern erleichtert. Gerade weil die USA soviel stärker und mächtiger als jeder andere Staat sind, kann es im amerikanischen Interesse liegen, die Beschaffungskosten für internationale oder globale Kollektivgüter notfalls allein zu tragen. Olson würde das als die Ausbeutung des Großen durch die Kleinen bezeichnen.

Auf globaler Ebene kann man an drei Gruppen öffentlicher Güter denken: sicherheitspolitische, weltwirtschaftliche und umweltpolitische. Die wesentliche sicherheitspolitische Leis-



Michael Mandelbaum: *The Case for Goliath. How America Acts as the World's Government in the 21st Century.* Public Affairs, New York 2005. 283 Seiten, \$ 26,00.

tung der USA besteht darin, dass Amerika allen anderen Staaten – vor allem aber den mit den USA verbündeten Demokratien – den Rücken freihält. Obwohl Mandelbaum den Begriff nicht verwendet, könnte man sagen, dass zumindest für Amerikas Verbündete das Sicherheitsdilemma und damit eine klassische Quelle von Wettrüsten und Kriegsvorbereitung überwunden ist. In der Nachkriegszeit mussten sich etwa Deutsche und Franzosen keine Gedanken über eine potenzielle Bedrohung durch den Anderen machen. Das hätten die USA nicht zugelassen. In diesem Sinne kann man mit Mandelbaum die NATO, die ja wesentlich eine Garantie der USA für ihre Verbündeten ist, sogar als Voraussetzung für die europäische Einigung betrachten.

Man könnte die sicherheitspolitische Funktion Amerikas ein wenig – aber nicht viel – anders als Mandelbaum so beschreiben: Das amerikanische Übergewicht hat seit der Auflösung der Sowjetunion Weltkriegs nicht nur unmöglich, sondern sogar undenkbar gemacht. Davon haben wir alle etwas. Zur sicherheitspolitischen Rolle der Ordnungsmacht gehören auch humanitäre Interventionen – manchmal unter NATO- oder gar UN-Flagge, aber meist auf amerikanische Mitwirkung oder gar Führung angewiesen oder eben völlig ungenügend wie bis zum Frühjahr 2006 in Darfur – und auch Präventivkriege, wie gegen den Irak. Mandelbaum ist sich der Problematik dieser Ordnungsleistung durchaus bewusst. Ich halte vor allem zwei Hypothesen für wichtig, die er in diesem Zusammenhang entwickelt. Je leichter der militärische Sieg über ein Land fällt, desto schwerer ist es, hinterher dort einen funktionierenden Staat aufzubauen. Außerdem: Der Aufbau eines demokratischen Staates ist besonders zeitraubend und schwer, weil gleich-

zeitig Effizienz und Grenzen der Staatsgewalt erreicht werden sollen.

Nörgelnde Trittbrettfahrer

Wirtschaftspolitisch besteht die Rolle der USA in der Sicherung des freien Welthandels und den daraus resultierenden Wohlstands- und Wachstumseffekten. Zunächst einmal trägt Amerika durch seine sicherheitspolitische Rolle dazu bei, dass der Welthandel relativ frei ist. Bei Kriegsgefahr könnte man sich weder auf ausländische Lieferanten noch Abnehmer verlassen. Außerdem wären weder das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) noch die daraus hervorgegangene Welthandelsorganisation (WTO) ohne amerikanische Initiative zustande gekommen.

Die USA stellen die Weltwährung. Sie tragen zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), auf den niemand soviel Einfluss hat wie Amerika, auch zur Stabilisierung angeschlagener Volkswirtschaften bei. Sie sichern die Ölzufuhr vom Persisch-Arabischen Golf zu den Industriestaaten. Sie stellen einen großen und offenen Nachfragemarkt zur Verfügung, wobei Mandelbaum durchaus die Probleme sieht, die mit dem amerikanischen Leistungsbilanzdefizit verbunden sind. Merkwürdigerweise diskutiert er allerdings die zur Kriegsverhütung beitragenden Rückwirkungen des Freihandels nicht. Deshalb könnte man ihm vorwerfen, die Leistung der Ordnungsmacht Amerika für den Rest der Welt noch zu unterschätzen!

Am stiefmütterlichsten behandelt Mandelbaum die Beschaffung globaler Umweltgüter. Darin folgt er der Vernachlässigung dieses Kollektivgutproblems durch die amerikanischen Regierungen. Durch sparsameren Umgang mit Energie im Allgemeinen und Öl im Besonderen könnten die USA zweifellos einen Beitrag zum Klima-

schutz leisten. Aus der Perspektive der Olsonschen Logik des kollektiven Handelns, auf der Mandelbaum aufbaut, ist allerdings die Nichtbeschaffung oder suboptimale Beschaffung von öffentlichen Gütern nicht verwunderlich, sondern zu erwarten.

Nach Mandelbaum sollte der Rest der Welt sich nicht darauf verlassen, dass die USA auch künftig in besonderer Weise zur Beschaffung von Kollektivgütern beitragen. Vor allem inneramerikanische Entwicklungen, wie das Altern der Bevölkerung Amerikas und die daraus resultierenden Finanzierungsprobleme bei Pensionen und medizinischer Versorgung, nähren seine Skepsis, ob Amerika auch künftig so belastbar sein wird wie bisher. Alternativen für die amerikanische Rolle als Ordnungsmacht sind zwar denkbar, aber unrealistisch. Das

gilt für eine Art Weltregierung ebenso wie für eine Lastenteilung Amerikas mit der noch schneller ergrauenden und oft uneinigen EU.

Uns Europäern gefällt das Trittbrettfahren. Wir dürfen sogar meckern. Das geht zwar leicht in Heuchelei über, aber es ist doch wunderbar, von der amerikanischen Politik zu profitieren und sich zugleich auch noch besser als die Amerikaner vorzukommen. Damit ist auch klar, warum weder ein Deutscher noch ein Japaner, weder ein Franzose noch ein Südkoreaner ein derartiges Buch schreiben wollte. Aber wir sollten es zumindest lesen!

Prof. Dr. Erich Weede, geb. 1942, lehrte bis 2004 Soziologie an der Universität Bonn. Zuletzt erschien von ihm „Balance of Power, Globalization and the Capitalist Peace“ (2005).

Anzeige



 **terre des
hommes**
Hilfe für Kinder in Not

Verheerendes Erdbeben in Indonesien

Tote und Verletzte, darunter tausende Kinder,
zerstörte Häuser und Schulen,
Angst vor Nachbeben –
die Menschen schlafen auf den Straßen.

Benötigt werden Zelte,
Medikamente und Babynahrung
sowie langfristige Unterstützung
für den Wiederaufbau.

Spendenkonto 700 800 700

»Erdbeben Indonesien«

Volksbank Osnabrück eG

BLZ 265 900 25

Online-Spenden unter www.tdh.de